



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 28. November 2025 |
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Sehr geehrte Damen und Herren,

die vergangene Sitzungswoche stand ganz im Zeichen des Bundeshaushalts 2026. Innerhalb von nur zehn Wochen hat die Koalition aus CDU/CSU und SPD zwei vollständige Haushalte verabschiedet – ein deutliches Signal politischer Handlungsfähigkeit. Mit einem Volumen von 524,5 Milliarden Euro und einem Rekord-Investitionsanteil von 10,5 % setzen wir klare Prioritäten: in die Infrastruktur, in die Verteidigungsfähigkeit, in den gesellschaftlichen Zusammenhalt – und in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Wir schaffen finanzielle Planungssicherheit, stärken die Bundeswehr, investieren in Straße, Schiene und Digitalisierung. Gleichzeitig entlasten wir Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen – unter anderem durch die Abschaffung der Gasspeicherumlage, niedrigere Stromsteuern für das produzierende Gewerbe sowie gezielte Maßnahmen im Wohnungsbau und in der Pflegefinanzierung. Auch für die Landwirtschaft und den Mittelstand gibt es neue Perspektiven – von Agrardiesel bis Gastronomie-Mehrwertsteuer.

Ein zentrales Thema im Hintergrund: Die Verhandlungen über das Rentenpaket zwischen CDU/CSU und SPD sind weit fortgeschritten. Die Reform soll noch im Dezember beschlossen werden und enthält unter anderem die Vollendung der Mütterrente, die Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge und die Einführung der Aktivrente.

Ebenfalls entscheidend: Mit dem nun parlamentarisch eingebrachten Rechtskreiswechsel gilt für neu ankommende ukrainische Geflüchtete künftig das Asylbewerberleistungsgesetz. Ziel ist eine realistischere, aber zugleich integrationsorientierte Regelung, bei der Arbeitsaufnahme, Sprachkurse und Eigenverantwortung stärker in den Fokus rücken – bei gleichzeitigem Schutz des humanitären Status.

Herzlich,

Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe:

- **Bundeshaushalt 2026: Investieren mit Verantwortung**
- **Unser Rentensystem nachhaltig sichern!**
- **Klarer Kurs für Ordnung, Entlastung und Investitionen**
- **Im Gespräch mit dem Botschafter von Bosnien und Herzegowina**

Bundeshaushalt 2026: Investieren mit Verantwortung.

Mit dem Beschluss des Bundeshaushalts 2026 hat der Bundestag in dieser Woche finanzpolitische Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Es ist der zweite vollständige Haushalt innerhalb von nur zehn Wochen – und zugleich der letzte im Rahmen dieser Legislaturperiode. Der Etat umfasst ein Gesamtvolumen von 524,5 Milliarden Euro, das vor allem in strategisch relevante Bereiche fließt: 10,5 % der Ausgaben sind für Investitionen vorgesehen – ein Rekordwert.

Im Zentrum stehen der weitere Aufwuchs der Bundeswehr, gezielte Infrastrukturprojekte – insbesondere bei Straße, Schiene und Digitalisierung – sowie die Stärkung der inneren Sicherheit. Auch im Bereich der Entlastung enthält der Haushalt wichtige Maßnahmen: die Abschaffung der Gasspeicherumlage, die Absenkung der Stromsteuer für das produzierende Gewerbe, neue Impulse für Wohnungsbau und Pflegefinanzierung sowie Unterstützungsmaßnahmen für Landwirtschaft und Gastronomie.

Darüber hinaus ermöglicht der Haushalt Investitionen in Bildung, Digitalisierung und die internationale Zusammenarbeit. Die Schuldenbremse wird auch im kommenden Jahr eingehalten.

Standpunkt: Der Bundeshaushalt 2026 ist ein Beleg dafür, dass solide Finanzen, Investitionen und politischer Gestaltungsanspruch kein Widerspruch sein müssen. Als CDU/CSU-Fraktion haben wir in der Arbeitskoalition dafür gesorgt, dass Prioritäten gesetzt werden – für die Sicherheit unseres Landes, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und den sozialen Zusammenhalt.

Wichtig war uns dabei stets, nicht auf Schuldenpolitik zu setzen, sondern mit klarem Fokus und klarer Verantwortung zu haushalten. Dass wir gleichzeitig investieren, entlasten und strategisch vorsorgen, zeigt: Politik mit Maß und Mitte wirkt – auch in finanziell herausfordernden Zeiten. •

Unser Rentensystem nachhaltig sichern!

Nach intensiven Beratungen haben sich CDU/CSU und SPD im Koalitionsausschuss auf die Eckpunkte eines Rentenpakets verständigt, das noch im Dezember verabschiedet werden soll. Es bündelt konkrete Leistungsverbesserungen mit strukturellen Reformimpulsen und soll den Rahmen für eine nachhaltigere Ausgestaltung der Alterssicherung in Deutschland setzen.

Zentral ist die Einführung einer Aktivrente, mit der Rentnerinnen und Rentner künftig bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei hinzuverdienen können – ein gezielter Anreiz, um den Erfahrungsschatz Älterer besser zu nutzen und Erwerbsarbeit im Ruhestand zu erleichtern.

Zudem soll die betriebliche Altersvorsorge gestärkt und verbreitert werden, vor allem im Mittelstand und bei Beschäftigten mit geringem Einkommen.

Begleitet wird das Paket von einer verbindlich eingesetzten Rentenkommission, die ihren Abschlussbericht bereits bis Ende des zweiten Quartals 2026 vorlegen soll. Ihr Auftrag ist klar: das Zusammenspiel gesetzlicher, betrieblicher und privater Vorsorge überprüfen und Vorschläge für eine stabile, generationengerechte und zukunftsste Rente entwickeln – unter Einbeziehung von Themen wie flexible Renteneintritte, einheitliches Versorgungsniveau, Kapitaldeckung und Beitragssatzstabilität.

Standpunkt: Die Einigung ist ein Zwischenschritt – aber sie ersetzt keine grundlegende Rentenreform. Gerade die Junge Gruppe der CDU/CSU-Fraktion hat sehr berechtigt darauf hingewiesen, dass langfristige Fragen wie demografischer Wandel, Beitragssatzentwicklung und Generationengerechtigkeit nicht allein durch Leistungsverbesserungen beantwortet werden können. Es ist deshalb zu begrüßen, dass die neue Rentenkommission schneller arbeitet als ihr Vorgängergremium und ausdrücklich auch die Anliegen der jungen Generation berücksichtigt. Ohne umfassende Strukturreformen droht ein Haushaltskollaps in den 2030er Jahren.

Für uns als Union gilt: Wer heute gestaltet, muss auch an morgen denken. Das Rentenpaket schafft erste Verbesserungen für eine flexiblere Lebensarbeitszeit – die eigentliche Reformarbeit liegt aber noch vor uns. •

Klarer Kurs für Ordnung, Entlastung und Investitionen.

Neben den rentenpolitischen Vereinbarungen hat der Koalitionsausschuss weitere wichtige Beschlüsse gefasst, die in den kommenden Wochen in Gesetzesform gebracht werden sollen. Ziel ist es, spürbare Entlastungen zu ermöglichen, klare Weichenstellungen vorzunehmen und Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates zu stärken. Beschlossen wurde unter anderem die Verlängerung der Umsatzsteuerermäßigung für die Gastronomie über das Jahr 2025 hinaus – ein wichtiges Signal für das Gastgewerbe und die Innenstädte. Zudem sollen Mittel für Investitionen im kommunalen Wohnungsbau verstetigt und zielgerichteter eingesetzt werden. Im Bereich der Digitalisierung wird die Modernisierung des Bundesmelderechts vorangetrieben – ein Beitrag zu mehr Effizienz und Serviceorientierung in der Verwaltung.

Ebenfalls vereinbart wurde ein Maßnahmenpaket gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch: mit mehr Ermittlungsbefugnissen für die Finanzkontrolle Schwarzarbeit, einem digitalen Austausch zwischen Behörden und klareren Regeln im europäischen Kontext. Außerdem: Die Rückführung abgelehnter Asylbewerber soll effektiver erfolgen, etwa durch bessere Identitätsklärung und neue Rücknahmeabkommen. Auch das Thema Bezahlkarte für Asylbewerber wird weiter vorangetrieben.

Standpunkt: Die Beschlüsse zeigen: Die Koalition ist handlungsfähig – und bereit, Verantwortung in schwieriger Lage zu übernehmen. Viele der vereinbarten Maßnahmen tragen klar die Handschrift der Union: Entlastung von Bürgern und Betrieben, mehr Ordnung bei Migration und klare Regeln für den sozialen Ausgleich.

Besonders erfreulich ist, dass auch kleinere, aber wirkungsvolle Themen wie das digitale Melde-recht, Maßnahmen gegen Schwarzarbeit oder die Stärkung von Kommunen jetzt konkret an-gegangen werden. Damit wird Politik wieder spürbar – dort, wo sie die Menschen im Alltag erreicht. •

Rechtskreiswechsel kommt ins Parlament.

Mit dem Kabinettsbeschluss zum Rechtskreiswechsel für ukrainische Geflüchtete liegt nun ein Vorschlag der Bundesregierung vor, der in Kürze im Bundes-tag beraten wird. Die zentrale Änderung: Für neu ankommende Geflüchtete aus der Ukraine soll ab dem 1. Januar 2024 das Asylbewerberleistungsgesetz gelten, nicht mehr wie bisher automatisch der Zugang zur Grundsicherung nach SGB II bzw. XII.

Damit wird eine Rückkehr zu einem einheitlicheren System der staatlichen Unter-stützung vollzogen – bei gleichzeitiger Wahrung des besonderen Schutzstatus nach § 24 AufenthG für Geflüchtete aus der Ukraine.

Für bereits hier lebende Ukrainerinnen und Ukrainer bleibt es bei der bisherigen Rege-lung.

Ziel der geplanten Umstellung ist es, die In-tegration stärker zu strukturieren, Mitwir-kungspflichten klarer zu verankern und gleichzeitig kommunale Strukturen zu ent-lasten. Angebote wie Sprachkurse, Qualifi-zierungen oder medizinische Versorgung bleiben erhalten, sollen aber gezielter und nachvollziehbarer zum Einsatz kommen. Auch digitale Schnittstellen und bessere Koordination zwischen Bund und Ländern sind Teil des Reformansatzes.

Standpunkt: Mit der parlamentarischen Bera-tung zum Rechtskreiswechsel setzen wir uns sachlich mit einem Thema auseinander, das vielerorts für Unsicherheit sorgt – nicht zuletzt auf kommunaler Ebene. Wichtig ist: Es geht nicht um eine Einschränkung des Schutzes, sondern um Verlässlichkeit, Steuerbarkeit und Gleichbehandlung.

Die CDU/CSU-Fraktion begrüßt grundsätz-lich, dass die Bundesregierung endlich reagiert – lange hatten wir ein solches Vorgehen selbst eingefordert. Nun wird es im parlamentari-schen Verfahren darauf ankommen, die konkrete Umsetzung so zu gestalten, dass Integration gelingt, ohne falsche Anreize zu setzen – und die Kommunen spürbar entlastet werden. Die Richtung stimmt – der Gesetzgebungsprozess wird zeigen, ob die Details es auch tun. •

Bosnien und Herzegowina nach Europa führen!

In dieser Woche habe ich mich mit dem Botschafter von Bosnien und Herzegowina zum Austausch über die europäischen Perspektiven seines Landes getroffen. Der Weg in die Europäische Union ist für Bosnien und Herzegowina mehr als ein geopolitisches Ziel – er ist eine strategische Zukunftsentscheidung, die Stabilität, demokratische Teilhabe und wirtschaftliche Entwicklung verbindet. Gleichzeitig erfordert dieser Weg klare Reformschritte, gesellschaftlichen Zusammenhalt und den entschlossenen Willen, bestehende Herausforderungen aktiv anzugehen.

Ein zentrales Thema unseres Gesprächs waren die wiederholten Destabilisierungsversuche durch radikale Akteure innerhalb des Landes. In diesem Kontext kommt dem Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina, Christian Schmidt, eine herausragende Rolle zu. Ich habe meine volle Unterstützung für seine Arbeit bekräftigt. Seine Aufgabe, die Umsetzung des Dayton-Friedensabkommens zu überwachen und die staatliche Handlungsfähigkeit aufrechtzuerhalten, ist heute so wichtig wie vor 30 Jahren.

Das besondere politische System des Landes – mit einem dreiköpfigen Präsidium, das jeweils einen Vertreter der bosniakischen, kroatischen und serbischen Bevölkerungsgruppe stellt – bleibt eine große Herausforderung, ist aber zugleich Ausdruck des politischen Kompromisses, der Frieden ermöglicht hat.

Es liegt in unser aller Interesse, dass dieses Gleichgewicht nicht durch ethnisch-nationalistische Rhetorik untergraben wird.

Bosnien und Herzegowina gehört zur europäischen Familie – wenn der eingeschlagene Reformkurs mit Entschlossenheit fortgeführt wird. Europa ist und bleibt ein Friedensprojekt. Dafür steht auch unser Engagement im Deutschen Bundestag. •



Die gute Nachricht der Woche **Deutschlandticket bis 2030 gesichert.**

Der Bundestag und auch der Bundesrat haben grünes Licht für die längerfristige Finanzabsicherung des Deutschlandtickets gegeben. Für den ÖPNV werden bis 2030 jährlich Mittel für die Betreiber bereitgestellt — Bund und Länder tragen jeweils 1,5 Milliarden Euro zur Finanzierung bei.

Für rund 14 Millionen Nutzerinnen und Nutzer schafft diese Entscheidung Planbarkeit und Sicherheit: Bus, Bahn und Nahverkehr bleiben ein verlässliches, bezahlbares und klimafreundliches Mobilitätsangebot.

Darüber hinaus bedeutet die Stabilisierung des Deutschlandtickets auch eine klare Absage an Flickenteppich-Konzepte — mit fairen Preisen und verlässlichen Verkehrsverbindungen für alle Regionen Deutschlands.

Diese Entscheidung stärkt nicht nur den Umwelt- und Klimaschutz: Sie verbessert die Alltagsperspektive vieler Pendler, Berufstätiger und Familien – und unterstützt Kommunen auf dem Weg zur umweltgerechten Mobilität. •